



**Projektländer:           Jordanien, Syrien, Libanon**

**Quartal / Jahr:           Oktober bis Dezember 2010**

## **1. Schlagzeilen:**

### **1.1 Jordanien**

- Vorgezogene Wahlen zum jordanischen Abgeordnetenhaus sowie dritte Kabinettsbildung innerhalb von zwölf Monaten sollen zum Schlüssel für einen parlamentarischen Neuanfang und den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes werden
- Regierung will in den Jahren 2011 - 2013 ein als ambitioniert zu bezeichnendes Entwicklungsprogramm in einem finanziellen Umfang von 6,5 Milliarden Euro realisieren
- Unruhen und gewalttätige Auseinandersetzungen nehmen landesweit zu und greifen im Berichtszeitraum auch auf mehrere Universitäten über

### **1.2 Libanon**

- Hisbollah und mit ihr Verbündete ziehen Minister aus der gemeinsamen Regierung mit **Saad Hariri** zurück und beschwören damit eine neue politische Krise herauf
- Wirtschaftlicher Aufschwung des Landes kommt nur schleppend voran; gleichzeitig steigen die Preise für Grundbesitz und Wohneigentum in bisher nicht gekannte Höhen

### **1.3 Syrien**

- US-Präsident **Barack Obama** nutzt die Weihnachtsfeiertage, um unter (legaler) Umgehung des Kongresses den seit Monaten angekündigten neuen Botschafter für Syrien, **Robert Ford**, zu ernennen
- Seit mehreren Jahren ausbleibende bzw. zurückgehende Niederschläge führen zur Abwanderung hunderttausender Menschen aus dem Nordosten des Landes

## **2.1 Jordanien:**

Nach Auflösung des Abgeordnetenhauses durch **König Abdullah II.** am 24. November 2009, haben am 09. November 2010, fast zwölf Monate nach Auflösung des erst am 20. November 2007 gewählten 15. Abgeordnetenhauses und am vierten Jahrestag der Bombenanschläge von Amman, bei denen in drei internationalen Hotels mehr als 50 Menschen ums Leben gekommen waren, die Wahlen zum 16. Abgeordnetenhaus des jordanischen Parlaments stattgefunden.

Das jordanische Parlament besteht aus zwei Kammern. Dem vom Volk gewählten Abgeordnetenhaus, das seit der letzten Änderung des Wahlgesetzes in 2010 insgesamt 120 Sitze und damit zehn Sitze mehr als bisher umfasst (von denen zwölf Sitze Frauen, neun Sitze Christen sowie drei Sitze Kaukasiern und Tscherkessen vorbehalten sind), sowie dem Senat, dem seit Dezember 2010 insgesamt 60 Senatoren angehören (davor 55 Senatoren) und der vom König ernannt wird.

Im Umfeld der Wahlen sowie am Wahltag selbst ist es zu keinen nennenswerten Unruhen oder gar Ausschreitungen gekommen. Wie jedoch nicht anders zu erwarten gewesen war, haben sich aber auch bei diesen Wahlen wieder verschiedentlich Anhänger und Unterstützer von Kandidaten teils heftige, in einigen Fällen auch nicht nur verbale sondern sehr handfeste Auseinandersetzungen geliefert, die auch zu Toten geführt haben.

Die größte und als am besten organisiert zu bezeichnende Partei, die Islamische Aktionsfront (IAF), die der politische Arm der jordanischen Muslimbrüder ist, hat die Wahlen boykottiert. Aus den Parlamentswahlen im Juni 2003 war die IAF mit 17 Abgeordneten noch als stärkste politische Kraft hervorgegangen. Mit den Kommunalwahlen am 31. Juli 2007 begann ihr bis heute anhaltender politischer Niedergang. Aus dem laufenden Wahlgang der Kommunalwahlen in 2007 hatte die IAF ihre Kandidaten wegen des Verdachts massiver Wahlmanipulation zurückgezogen. Bei den Wahlen zum 15. Abgeordnetenhaus am 20. November 2007 konnte sie schließlich nur noch sechs Sitze erringen (elf weniger als noch bei den Parlamentswahlen im Juni 2003) und die Wahlen zum 16. Abgeordnetenhaus, die am 09. November 2010 stattgefunden haben, hat sie wieder boykottiert, weil sie sich durch das neue (vorläufige) Wahlgesetz des Jahres 2010 benachteiligt gefühlt hat (wobei anzumerken ist, dass im Vorfeld der letzten Wahlen nicht nur seitens der IAF Kritik an dem neuen Wahlgesetz geäußert worden ist und auch nicht gänzlich von der Hand gewiesen werden kann, dass das neue Wahlgesetz in Verbindung mit dem 'one-person-one-vote' Wahlrecht geholfen hat, den Ergebnissen den von der politischen Führung des Landes gewünschten Weg zu weisen). Bei allen externen Gründen für das schlechte Abschneiden der IAF seit den Wahlen von 2003 bzw. deren Boykott von Wahlen darf aber nicht vergessen werden, dass die jordanischen Muslimbrüder, die, weil sie den Herrschaftsanspruch der Hashemiten nicht grundsätzlich in Frage stellen, in Jordanien nicht verboten sind, eine untereinander über eine Reihe von Fragen zerstrittene Vereinigung sind, was unmittelbare Auswirkungen auf die Islamische Aktionsfront und die von ihr verfolgte Politik hat. Unter anderem besteht zwischen den beiden Lagern der 'Tauben' und 'Falken' eine sehr unterschiedliche Auffassung über das zu pflegende Verhältnis zur palästinensischen Hamas im Gazastreifen sowie über die Politik Jordaniens gegenüber Israel. Auch über die Frage des Boykotts der letzten Parlamentswahlen waren die beiden Lager deutlich unterschiedlicher Auffassung (was dazu geführt hat, dass ein halbes Dutzend als gemäßigt zu bezeichnender Mitglieder der IAF als 'unabhängige' Kandidaten bei der Wahl angetreten sind, was diesen umgehende Parteiausschlussverfahren eingebracht hatte). Alle bisherigen Versuche, die bestehenden Gräben zu überwinden, waren wenig erfolgreich. Im Nachgang der boykottierten Parlamentswahlen von 2010 und weil man der Auffassung ist, dass die Politik der Regierung sowohl innen- und außenpolitisch als auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch in die falsche Richtung weist und zu einer (weiteren) Spaltung der Bevölkerung führt, hat sich die IAF zum Ziel gesetzt, in den kommenden Monaten ihre auf derzeit rund 3.000 Mitglieder geschätzte Basis zu vergrößern. Ob und in welcher Form die IAF sich künftig in zu treffende politischen Entscheidungen einbringen will und kann, wird noch zu entscheiden sein. Dass ihr politischer Gestaltungsspielraum sowie ihre Mitwirkungsmöglichkeiten aufgrund der letzten Wahlergebnisse und Wahlboykotte deutlich eingeschränkt sind, ist ihr bewusst. Die Islamische Aktionsfront wird sich darüber hinaus mit der Frage beschäftigen müssen, ob und inwieweit das bisher von ihr praktizierte Modell eines moderaten politischen Islamismus erfolgreich war bzw. erfolgreich im Sinne der Mitgestaltung von Politik überhaupt sein kann (insbesondere in einem politischen Umfeld wie in Jordanien) und was ggf. mögliche Alternativen sind. Der Berichterstatter möchte nicht so weit gehen und sagen, dass dieses Modell als gescheitert zu betrachten ist, und auch der jordanischen Regierung ist allem Anschein nach daran gelegen, die Islamische Aktionsfront als politische Kraft zu erhalten - wenngleich mehr am 'Katzentisch' denn als gleichberechtigte politische Kraft, was die Entscheidung der IAF um so schwerer machen dürfte. Zuvorderst werden die Muslimbrüder und die Islamische Aktionsfront jedoch die Gräben in ihren eigenen Reihen schließen müssen, wenn sie künftig als politische Kraft wieder wahrgenommen werden wollen.

Nach dem Boykott der Wahlen durch die Islamische Aktionsfront war das Ergebnis wenig überraschend.

Die Wahlbeteiligung lag mit knapp 53% um rund 6% unter der der letzten Parlamentswahlen von 2007, wobei die Wahlbeteiligung in den ländlichen Regionen deutlich höher war als z.B. in den Großstädten (da die Wählerklientel der Islamischen Aktionsfront überwiegend in den Großstädten wie Amman, Zarqa und Irbid angesiedelt ist, ist der Wahlboykott der IAF eine Erklärung dafür, warum die Wahlbeteiligung in den Großstädten bei diesen Wahlen noch niedriger war als sie es ohnehin schon in der Vergangenheit gewesen war). Für Amman wurde die Wahlbeteiligung beispielsweise mit lediglich 33,7 % angegeben, für Zarqa, der zweitgrößten Stadt Jordaniens, mit lediglich 36,5%.

Das neue Abgeordnetenhaus umfasst insgesamt 120 Mitglieder. 13 Sitze wurden von Frauen errungen, wobei zwölf Frauen den Einzug über die Quote geschafft haben (je eine Frau pro Gouvernements) und eine weitere Frau, **Reem Badran**, Tochter des früheren Premierministers **Mudar Badran**, direkt gewählt worden ist (mit 3.792 Stimmen hat sie den dritten Wahldistrikt von Amman gewinnen können). Zusammen mit den neun Frauen, die König Abdullah II. am 25. November 2010 in den neuen 60-köpfigen Senat ernannt hat, sind derzeit 22 Frauen in den beiden Kammern des jordanischen Parlaments vertreten, was einer Quote von 12,2% entspricht (10,8% im Abgeordnetenhaus und 15% im Senat).

In Übereinstimmung mit der jordanischen Verfassung hat Premierminister **Samir Rifai** im Nachgang der Wahlen zum 16. Abgeordnetenhaus am 21. November 2010 beim König seinen Rücktritt eingereicht. Er wurde von König Abdullah II. im unmittelbaren Anschluss daran mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, der 73. seit der Unabhängigkeit des Landes am 25. Mai 1946 und der achten seit der Besteigung des Thrones durch Abdullah II. am 07. Februar 1999 (mithin der 73. Regierung innerhalb von 64 Jahren bzw. der achten innerhalb der letzten elf Jahre).

Nur drei Tage später, am 24. November 2010, wurde die neue Regierung unter der Führung von Premierminister Samir Rifai vom König vereidigt. Ihr gehören insgesamt 31 Minister an (28 Männer und drei Frauen - letztere für 'Social Development and Women's Affaires', für 'Public Sector Reform' sowie für 'Municipal Affaires'). Wirklich Überraschendes brachte die neue Regierung nicht zu Tage. Das bisherige Ministerium für 'Public Sector Reform Development and Mega-Projects' wurde geteilt mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Ministerien einmal mehr gemehrt wurde (seit dem 25. November 2007 - 28 Ministerien, seit dem 23. Februar 2009 - 29 Ministerien, seit dem 28. Juli 2010 - 30 Ministerien und jetzt, seit dem 24. November 2010, insgesamt 31 Ministerien). Für ein so kleines Land wie Jordanien mit einer Fläche so groß wie Österreich - davon mehr als 90% so gut wie nicht bewohnte Wüste - und einer Einwohnerzahl von knapp sechs Millionen - davon der überwiegende Teil in ein paar wenigen Groß- und Mittelstädten lebend - eine nicht gerade geringe Zahl. Damit die Interessen und Ansprüche der unterschiedlichen Stämme, Familien und politischen Gruppierungen ausreichend und vor allem adäquat bedacht werden können, ist es offenbar auch in Jordanien notwendig, die Zahl der aus bekannten Gründen begehrten politischen Ämter von Zeit zu Zeit zu erhöhen, auch wenn eine sachliche Notwendigkeit dafür nicht immer erkennbar ist (u.a. weil man von der Arbeit einer Reihe von Ministerien auch als politisch interessierter Bürger so gut wie nichts mitbekommt). Dass der Staat, dessen Haushalt seit Jahren und so auch in 2011 alles andere als ausgeglichen ist - will heißen, dass die Ausgaben die Einnahmen trotz ausländischer Budgethilfen immer noch um bis zu eine Milliarde Euro bzw. bis zu 15% des Haushaltsansatzes eines Jahres übersteigen -, sich diese große Zahl an Ministerien und die damit einhergehenden Infrastrukturkosten eigentlich alles andere als leisten kann, ist zumindest in der Öffentlichkeit noch kein allzu großes Thema. Von den noch weit lukrativeren Positionen bei den mehr als 50 halbstaatlichen Einrichtungen, deren Direktoren in der Spitze teilweise Monatsgehälter in einer Größenordnung von bis zu 20.000,- Euro pro Monat erhalten sollen (zzgl. einer großen Zahl sonstiger Vergünsti-

gungen wie z.B. Dienstwagen, Dienstwohnungen und Personal für den Privatbereich), erst gar nicht zu reden.

Aus Sicht der Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Jordanien ist noch erwähnenswert, dass das bisherige Ministerium für 'Social Development' um die Komponente 'Women's Affaires' erweitert worden ist. Premierminister Rifai wollte damit, nach eigenen Worten, ganz bewusst ein Zeichen derart setzen, als dass die neue Regierung die Rechte von Frauen ernst nimmt und willens ist, diesen Rechten noch stärker als bisher politisches Gehör sowie Geltung zu verschaffen. Ob und inwieweit sich die Rechte von Frauen künftig noch stärker als bisher in der jordanischen Gesetzgebung (und vor allem auch in der Umsetzung und in der Rechtsprechung) niederschlagen werden, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in den noch stark traditionell geprägten ländlichen Gebieten kritisch gesehen wird und u.a. auch von der Islamischen Aktionsfront abgelehnt wird. Die diesbezüglichen Grenzen bzw. Einschränkungen kamen in der Vergangenheit immer wieder bei so Themen wie der Staatsbürgerschaft von Nachkommen jordanischer Frauen mit nicht-jordanischen Männern (die aus solchen Beziehungen hervorgehenden Kinder haben keinen Anspruch auf die jordanische Staatsbürgerschaft), beim Erbrecht sowie bei den Rechten und Unterhaltsansprüchen von Frauen im Nachgang von Scheidungen (die immer noch zum überwiegenden Teil von Männern ausgehen, weil sich Frauen eine Scheidung vielfach wirtschaftlich - aber auch gesellschaftlich - nicht 'leisten' können, zumal es eine soziale Absicherung durch den Staat nicht gibt) zum Ausdruck. Die schon als 'berüchtigt' zu bezeichnenden Artikel 98 und 340 des jordanischen Strafgesetzbuches, auf deren Grundlage i.d.R. männliche Familienangehörige im Nachgang der Ermordung eines weiblichen Mitglieds ihrer Familie einen erheblichen Strafnachlass oder gar Straffreiheit geltend machen können (entweder weil sie die Tat aus berechtigtem Zorn über ein falsches oder die Sitte gefährdendes Verhalten des Opfers begangen haben - wozu bereits das Gespräch mit einem fremden Mann ausreichend sein kann - oder aber weil sie die betreffende Frau beim Ehebruch überrascht haben), sind ein weiteres Beispiel dafür, dass bis zur vermeintlichen Gleichstellung der Frau in der hiesigen Gesellschaft noch ein weiter Weg ist. Gleichwohl muss man der letzten Regierung zu gute halten, dass sie Straftaten mit vorgenanntem Hintergrund mittlerweile in einer Strafkammer zusammengeführt hat, um so bessere Voraussetzungen für eine ausgewogene Rechtsprechung zu schaffen (da in den ländlichen Regionen die Gerichte in der Vergangenheit eher geneigt waren die Artikel 98 und 340 des StGB anzuwenden als z.B. Gerichte in Großstädten wie Amman). Die Zusammenführung aller diesbezüglichen Straftaten an einem Gericht bietet darüber hinaus bessere Möglichkeiten, die dort mit diesen Fällen befassten Richter umfassender und intensiver aus- bzw. weiterzubilden. Insgesamt betrachtet hat der Berichtersteller den Eindruck, dass die Politik bereit ist, bei der Gleichstellung von Frauen ungleich weiter zu gehen als die Bevölkerung in großen Teilen bereit ist ihr dabei zu folgen. Von Außenstehenden darf in diesem Zusammenhang nicht der Fehler gemacht werden, dafür allein die Religion, d.h. den Islam, verantwortlich zu machen. Neben einer teilweisen und vielleicht auch bewussten (Fehl-) Interpretation des Koran scheinen die diesbezüglichen Gründe weit mehr in der in weiten Teilen noch sehr traditionellen Gesellschaft, insbesondere in den ländlichen Gebieten, zu liegen, was jedoch ausdrücklich nicht heißt, dass nicht auch so aufgeklärte politische Kräfte wie die Islamische Aktionsfront sich nicht nur gegen eine weitere Stärkung der Rolle von Frauen wehrt, sondern sogar bereits bestehende Rechte wieder beschneiden möchte.

Eine der ersten Aufgaben des neuen Abgeordnetenhauses wird sein, sich mit den insgesamt 48 vorläufigen Gesetzen zu befassen, die die Regierung im Zeitraum Ende November 2009 bis Anfang November 2010, in der es kein Abgeordnetenhaus gegeben hat, vorläufig in Kraft gesetzt hat. Nach einer Pressemitteilung vom 23. November 2010 warten darüber hinaus eine ähnlich hohe Zahl weiterer Gesetze aus der Zeit von vor 2009 auf ihre parlamentarische Beratung, von denen einige schon seit den 60-er Jahren mit dem Vermerk 'Vorläufig' versehen in Kraft gesetzt sind.

Die Belebung der jordanischen Wirtschaft ist nach wie vor das Thema, dem die Regierung (die alte wie auch die neue) ihr größtes Augenmerk schenkt. Von ihr hängen nicht nur Verbesserungen einer Reihe wirtschaftlicher Kenngrößen ab (z.B. das Entstehen dringend benötigter neuer Arbeitsplätze und damit einhergehend die Reduzierung der seit 2008 wieder im Steigen begriffenen Arbeitslosenzahlen; eine Verbesserung der Staatseinnahmen durch ein steigendes Steueraufkommen; die Reduzierung des Haushaltsdefizits sowie der internen und externen Staatsverschuldung - soweit die Mehreinnahmen nicht umgehend wieder für den Konsum oder für neue für wichtig erachtete Vorhaben verwendet werden etc.), sondern vor allem auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage vieler Haushalte.

Ein Fehler, den - nicht nur, aber auch - die jordanischen Banken im Nachgang der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 gemacht und den sie zwischenzeitlich, zumindest in Teilen, offenbar als solchen eingesehen haben, war, die Kreditvergabe an den Privatsektor so stark zu reduzieren, dass eine solche faktisch nicht mehr stattgefunden hat. Wenn auch aus Sicht der Banken verständlich (da man aufgrund der Krise und des nicht vorhersehbaren weiteren Verlaufs derselben besorgt war, das ausgeliehene Geld als Total- oder aber zumindest Teilverlust abschreiben zu müssen), so hat dieses Vorgehen der Banken dem Privatsektor nicht nur den notwendigen Geldhahn abgedreht, sondern damit die Krise noch weiter verschärft oder, je nach Lesart, erst zur richtigen Krise in Jordanien werden lassen. Ähnlich wie in Europa und in den USA war auch die jordanische Regierung bemüht, durch die Abgabe staatlicher Garantien Vertrauen bei den Banken und bei der Bevölkerung zu schaffen (z.B. bürgte der jordanische Staat für alle Sichteinlagen von Privathaushalten bei jordanischen Banken - in unbegrenzter Höhe und begrenzt bis zum 31. Dezember 2010). Erschwerend kam hinzu, dass die jordanische Regierung als Mitbewerber des Privatsektors bei der Vergabe von Krediten aufgetreten ist und die Banken, verständlicherweise, ihr Geld fast nur noch an den Staat und nicht mehr an den Privatsektor zu verleihen bereit waren. Was die Regierung des damaligen Premierministers **Nader Dahabi** zu dieser Vorgehensweise bewogen hat, ist nicht bekannt. Tatsache ist, dass sie der Wirtschaft und dem Staatshaushalt Jordaniens mit ihrem Vorgehen in zweifacher Weise geschadet hat. Zum einen hat sie die Banken noch darin bestärkt, nicht der Wirtschaft und damit dem Privatsektor, sondern stattdessen dem staatlichen Sektor das zur Ausleihe zur Verfügung stehende Geld zu leihen (das Volumen der in Jordanien für die Kreditvergabe zur Verfügung stehenden Gelder ist aufgrund der geringen Größe des nationalen Finanzmarktes stark limitiert) und zum anderen hat sie die Finanzierungskosten für die geliehenen Gelder für den Staatshaushalt über das notwendige Maß hinaus in die Höhe getrieben (da die Zinsen für in Jordanien geliehenes Geld weitaus höher waren als für Geld, welches man sich zur damaligen Zeit auf den internationalen Finanzmärkten hat leihen können - und auf denen Jordanien, wenn auch mit Zinsaufschlag gegenüber Ländern wie den USA, Deutschland und Frankreich, nach wie vor kreditwürdig ist, weil es als relativ zuverlässiger Schuldner angesehen wird). Anfang November 2010 hat Jordanien auf dem internationalen Finanzmarkt beispielsweise eine fünfjährige Anleihe in Höhe von 750 Millionen US-Dollar platziert. Zum Ende der Zeichnungsfrist zeigten sich mehr als 200 internationale Anleger an einem finanziellen Engagement interessiert, was dazu geführt hat, dass die Anleihe vierfach überzeichnet war und zu einem Zinssatz von 3,85% auf den Markt gebracht werden konnte. Die Zinssätze für zehnjährige Regierungsanleihen lagen im gleichen Zeitraum für die USA bei circa 2,6%, für Großbritannien bei 3,26%, für Italien bei 4,09%, für Spanien bei 4,48% und für die Türkei gar bei 8,39%. Das Geld soll im Wesentlichen zur Rückzahlung alter Kredite verwendet werden, die in früheren Jahren zu unglaublichen Zinssätzen von bis zu 8,38% von nationalen Banken aufgenommen worden waren. Noch im Dezember 2009 hatte sich die jordanische Regierung von nationalen Banken 400 Millionen Jordanische Dinar zu einem Zinssatz in Höhe von 5,25% und in 2010 insgesamt 2,64 Milliarden Jordanische Dinar zu einem Zinssatz von 4,87% geliehen. Was dies für den Schuldendienst Jordaniens heißt, ist unschwer auszurechnen. Es sind unnötigerweise hohe zweistellige Millionenbeträge aufzuwenden, die an anderer Stelle dringend benötigt werden und dort jetzt fehlen.

Gleichwohl hat die internationale Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) das Kreditrating Jordaniens im März 2010 für Kredite in lokaler Währung um eine Stufe von 'BBB' auf 'BBB-' zurückgenommen - u.a. wegen des damals wie heute relativ hohen Haushaltsdefizits, welches zum damaligen Zeitpunkt für 2010 mit 7,8% des Bruttonationalproduktes prognostiziert worden war und weil Jordanien mehr als 90% seiner Energie in Form von Öl und Gas importieren muss und zur Finanzierung seiner laufenden Ausgaben und seines Budgetdefizits auf ausländische Finanzhilfen angewiesen ist (das Rating 'BBB-' bezeichnet nach der Definition von S&P das letzte Kreditrating, bei dem seitens S&P noch zu einem Investment geraten wird. Das nächste darunter liegende Kreditrating 'BB+' bezeichnet bereits hoch spekulative Finanzanlagen). Das Rating für Kredite in ausländischer Währung hat S&P für Jordanien nach wie vor bei 'BB' belassen. 'BB' liegt zwei Stufen unter dem Rating 'BBB-' und bezeichnet kurzfristig nicht gefährdete Anlagen, bei denen aber mit zunehmender Anlagedauer die Unsicherheiten in Bezug auf die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers zunehmen und die von daher als spekulativ bewertet werden (die zweite große internationale Ratingagentur Moody's hat das Kreditrating Jordaniens bei 'Ba2' belassen, was in etwa dem Kreditrating 'BB' von S&P entspricht - 'Ba2' besagt, dass ein entsprechendes Investment spekulative Elemente enthält, die mit einem substantiellen Risiko des Verlustes des entsprechenden Kredits verbunden sind). Jordanien weist damit das gleiche Kreditrating wie z.B. Ägypten, Indien, Kroatien, Rumänien oder auch Ungarn auf, was wiederum besser ist als die vergleichbaren Ratings von z.B. Argentinien, Griechenland, Indonesien, Serbien, den Philippinen, Uruguay, Venezuela oder der Türkei.

Am 11. Januar 2011 sah sich die jordanische Zentralbank, nicht zuletzt aufgrund politischer Intervention und vermutlich auch auf Anraten des Internationalen Währungsfonds, veranlasst, den privaten Bankensektor aufzufordern, die Zinssätze für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen um einen Prozentpunkt zu senken und die Kreditvergabe deutlich zu erhöhen. Dieser Schritt wurde von führenden jordanischen Ökonomen im Hinblick auf eine Belebung der jordanischen Wirtschaft als richtig, wichtig und längst überfällig bezeichnet. Da nur der Privatsektor und hier vor allem die kleinen und mittelgroßen Betriebe die Arbeitsplätze schaffen können, die in den kommenden Jahren dringend benötigt werden (mehr als 70.000 junge Menschen drängen in den kommenden Jahren jährlich neu auf den Arbeitsmarkt, um die 13% offiziell und 25% inoffiziell sind derzeit ohne Arbeit und eine nicht genau auszumachende Zahl arbeitender Menschen - die Rede ist von einer Größenordnung um die 13% - liegen mit ihrem Verdienst unterhalb der Armutsgrenze), kann man sich dieser Auffassung nur anschließen. Die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt sieht der Berichtersteller als die größten an, denen sich Jordanien in den kommenden Jahren stellen müssen, wenn sich die Wut und Enttäuschung der Menschen nicht in einer Form Bahn brechen soll, wie man es gerade in Tunesien und Algerien erlebt. Gleichzeitig bzw. parallel dazu gilt es, den Bildungssektor umfassend zu reformieren, da von immer mehr Seiten und zunehmend Kritik an der sehr auf den universitären Bereich ausgerichtete Bildungspolitik einerseits sowie an der Art und Weise, wie und welche Inhalte in den Schulen und an den Universitäten vermittelt werden, geübt wird. Neben einer Reform der vorgeannten Bereiche kann aus Sicht des Berichterstatters nur eine Stärkung der beruflichen Bildung mittel- und langfristig den jungen, Arbeit suchenden Menschen eine Perspektive geben. Hierfür gilt es einmal mehr, bestehende traditionelle und kulturelle Vorbehalte zu überwinden, die nach wie vor gegenüber handwerklichen Berufen sowie Teilen des Dienstleistungssektors bestehen.

Ob in diesem Zusammenhang die Mitteilung des Planungsministeriums, in den Jahren 2011 - 2013 ein Entwicklungsprogramm im Umfang von rund 6,1 Milliarden Jordanischen Dinar (JOD) umsetzen zu wollen, realistisch ist, darf bezweifelt werden. Wenn man die Details des vorgenannten Entwicklungsprogramms betrachtet, so fällt auf, dass dessen Finanzierung bei weitem nicht als gesichert bezeichnet werden kann (auf die einzelnen Projekte, die man in einigen Fällen auch in Bezug auf ihre Sinnhaftigkeit hin kritischer hinterfragen muss-

te, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, da es hier mit Sicherheit noch zu Korrekturen wird kommen müssen, da, wie im Folgenden aufgezeigt, die Finanzierung auf sehr unsicheren Füßen steht). So sollen alleine 3,2 Milliarden JOD aus den laufenden Haushalten der Jahre 2011 - 2013 finanziert werden (also circa 1 Milliarde JOD pro Jahr), obwohl das Budgetdefizit des Jahres 2010, in dem sich der Gesamthaushalt auf rund 6 Milliarden JOD belaufen hat, nach größten Anstrengungen gerade einmal auf rund 1 Milliarde JOD hat reduziert werden können (von 1,5 Milliarden JOD in 2009) und sich beide, d.h. Gesamthaushalt und Budgetdefizit, in 2011 in etwa in der gleichen Größenordnung bewegen dürften. 800 Millionen JOD sollen von unabhängigen staatlichen Einrichtungen und Unternehmen kommen (von denen die Mehrzahl in den zurückliegenden Jahren rote Zahlen geschrieben hat und deren Saldo sich im Jahre 2009 auf minus 400 Millionen JOD belaufen haben soll) und weitere 800 Millionen JOD sollen von außerhalb des Staatsbudgets finanziert werden (worunter sich selbst die Wirtschaftsfachleute in Jordanien bis heute nichts konkretes vorstellen können. Am ehesten könnte man hier noch den Privatsektor vermuten, zumal die Regierung mitgeteilt hat, dass eine Reihe von Mega-Projekten - für die es seit November 2010 ein eigenes Ministerium gibt - auf der Grundlage von PPP (Public-Private-Partnership) finanziert werden sollen. Gedacht ist in diesem Zusammenhang an Wasser- und Energieprojekte sowie den Aufbau eines nationalen Eisenbahnnetzes). Die noch fehlenden 1,3 Milliarden JOD sollen schließlich durch internationale Finanzhilfen finanziert werden, bei denen es sich aber um keine Kredite handeln soll. Alles in allem kommt einem das vorgenannte Entwicklungsprogramm so, wie es bisher in der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden ist, mehr wie ein großer Wunschzettel vor, für den jetzt noch die Finanziere gesucht werden. Das Planungsministerium hat denn auch verlauten lassen, dass es seine diesbezüglichen Pläne in den kommenden Wochen und Monaten den Geberstaaten, zu denen neben den Golfstaaten vor allem die USA, aber auch Deutschland, Frankreich, Großbritannien sowie die Weltbank und die EU gehören, vorlegen möchte. Die Wunschliste ist, über den Zeitraum 2011 - 2013 hinaus gesehen, lang. Darauf befinden sich Projekte wie der Red-Dead-Sea-Kanal, ein nationales Eisenbahnstreckennetz, 1-3 Kernkraftreaktoren, Entsalzungsanlagen, die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Öl aus Ölschiefer und vieles mehr. Es hat nicht nur den Anschein, als dass die Wünsche einmal mehr größer sind als der Geldbeutel und es bleibt nur zu hoffen, dass die internationalen Geldgeber genau hinschauen, für welche Projekte sie in welchem Umfang finanzielle Mittel zur Verfügung stellen - egal ob als Kredite oder als nicht rückzahlbare Zuschüsse. Aus Sicht des Berichterstatters sollten zuvorderst Projekte gefördert werden, die langfristig und möglichst dauerhaft Arbeitsplätze für die jordanische Bevölkerung schaffen und bestehende sichern helfen.

Neben den Wahlen war im Berichtszeitraum die landesweite Zunahme gewalttätiger Ausschreitungen ein wesentliches Thema. Bereits seit mehreren Monaten ist mit Sorge zu beobachten (es wurde bereits einmal kurz darüber berichtet), dass es in verschiedenen Gouvernements bzw. Städten wie z.B. Ajloun, Aqaba, Irbid, Kerak, Salt und insbesondere Ma'an immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Zu Beginn des Jahres 2011 musste wegen schwerer Ausschreitungen gar die Hauptverkehrsachse von Nord nach Süd, der so genannte Desert-Highway, der von der jordanisch-syrischen Grenze im Norden bis nach Aqaba am Roten Meer führt, auf der Höhe von Ma'an gesperrt werden, nachdem dort nach der Ermordung zweier Personen mehrere Hundert Menschen regelrecht randaliert und Polizeistationen beschossen, Geschäfte verwüstet und vorbeifahrende unbeteiligte Fahrzeuge angegriffen hatten. Auch wenn die Ursachen für derartige Ausschreitungen zu meist unterschiedlicher Natur sind, so fällt doch auf, dass die Beteiligten, zu denen teilweise leider auch die Sicherheitskräfte gehören, nur wenig von der Einhaltung bestehender Gesetze halten und sich aus welchen Gründen auch immer öfter veranlasst sehen, entweder ihr vermeintliches Recht in die eigenen Hände zu nehmen oder mit unverhältnismäßig erscheinenden Mitteln versuchen, der Lage Herr zu werden. Bei den genannten Auseinandersetzungen handelte es sich in der Regel um Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Familien und/oder Stämmen oder um Auseinandersetzungen zwischen Kriminellen

und der Polizei. Die Hintergründe sind zumeist 'Ehrverletzungen', kriminelle Machenschaften, die von Rauschgiftdelikten bis hin zu Raub- und Morddelikten reichen, oder aber auch einfach nur das Gefühl, benachteiligt bzw. übervorteilt worden zu sein. Im Berichtszeitraum war nunmehr zu beobachten, dass derartige Konflikte auch zunehmend auf die Universitäten des Landes übergreifen scheinen. So kam es in 2010 an den Universitäten in Irbid und Ma'an und zuletzt im Dezember 2010 auch an der Jordan University in Amman zu Unruhen, die überwiegend tribale Ursachen hatten und die nur unter massivem Einsatz von Sicherheitskräften unter Kontrolle gebracht werden konnten. Mittlerweile wird auch von offizieller Seite anerkannt, dass die starke Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen auch eine wirtschaftliche Komponente derart hat, als dass es einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage der Randalierer, d.h. zwischen Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit einerseits sowie der zunehmenden Gewaltbereitschaft andererseits, gibt. Ein weiterer Grund dürfte auch darin zu sehen sein, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Jordanien immer weiter auseinander geht, und dass auch die weit verbreitete Korruption (die man gerne mit weniger unschönen Worten umschreibt), die zwar im Vergleich mit anderen Ländern noch als moderat zu bezeichnen sein mag, sich dennoch wie ein Krebsgeschwür weiter auszubreiten scheint und die Menschen zurücklässt, die nicht über die notwendigen Beziehungen bzw. finanziellen Mittel verfügen, um ihre Ziele und Wünsche realisieren zu können. Die Regierung hat zwar ganz offiziell der Korruption den Kampf angesagt, inwieweit sie aber über die Mittel und Voraussetzungen verfügt, dieses Geschwür an der Basis zu bekämpfen, bleibt die große Frage. Die Enttäuschung und die Wut über immer wieder auftretende Ungleichbehandlung, über Perspektivlosigkeit und unzureichendes wirtschaftliches bzw. finanzielles Auskommen (in den Verwaltungen und auch vor dem Gesetz sind eben doch nicht alle gleich, auch wenn es so in der Verfassung steht und es die Gesetze fordern) tritt dann in Form gewalttätiger Auseinandersetzungen, nicht selten bei an sich wichtigen Anlässen, zu Tage, wie man es erst dieser Tage auch wieder in Tunesien und Algerien hat beobachten können. Da es sich sowohl in Tunesien als auch in Algerien um Staaten mit einer vermeintlich starken politischen Führung und nicht weniger starken Sicherheitskräften handelt, kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass, wenn die Politik in Jordanien nicht stärker als bisher auf die Bedürfnisse großer Teile der Bevölkerung eingeht, man eines Tages vergleichbare Bilder auch aus Jordanien zu sehen bekommt.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden gewalttätigen Auseinandersetzungen in Jordanien, der von verschiedenen Parteien und Gruppen wegen der immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten für den 15. Januar 2011 angekündigten Proteste in Amman und vielen anderen Städten des Landes sowie vielleicht auch aufgrund der auch in Jordanien zu sehen gewesenen Bilder aus Tunesien und Algerien, hat der jordanische König am 10. Januar 2011 die Regierung ungewöhnlich deutlich angewiesen, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die wirtschaftliche Lage großer Teile der Bevölkerung kurzfristig erträglicher zu machen. Wenn man sich vor Augen hält, dass z.B. Super-Benzin in Jordanien aktuell umgerechnet fast 0,90 Euro pro Liter und Diesel bzw. Öl, welches man gerade jetzt im Winter dringend zum Heizen benötigt, pro Liter umgerechnet circa 0,60 Euro kostet (was so hoch ist wie zu der Zeit, als Ende 2008 der Rohölpreis auf 147,- US-Dollar pro Barrel Rohöl gestiegen war - aktuell liegt der Preis bei circa 92,- US-Dollar pro Barrel) und wenn man weiter berücksichtigt, dass die Preise für Lebensmittel in den zurückliegenden Monaten wieder auf das glücklicherweise nur kurzfristig sehr hohe Niveau des Jahres 2008 gestiegen sind (Tomaten, in Jordanien als Grundnahrungsmittel zu bezeichnen, werden teilweise zu einem Preis von bis zu 2,- Euro pro Kilo verkauft und auch die Preise für anderes Gemüse, Fleisch, Geflügel, Zucker und Milchprodukte haben in den zurückliegenden Monaten wieder sehr stark angezogen), so kann man sich bei Löhnen, die in Jordanien durchschnittlich bei weniger als 300,- Euro pro Monat liegen, unschwer vorstellen, welchen Herausforderungen viele Haushalte aktuell ausgesetzt sind. Zu allem dem kommt noch hinzu, dass die Inflation aufgrund der Teuerungsrate aktuell wieder eine Höhe von 5% erreicht hat, was die Kaufkraft vieler Haushalte, zumal bei den nicht bzw. nur gering gestiegenen Löh-

nen der vergangenen beiden Jahren, weiter aushöhlt. Nach Angaben des staatlichen 'Departments of Statistics' sind alleine die Ausgaben für die Personenbeförderung (Taxis und Busse) in 2010 um 12,7% und die Ausgaben für Gemüse um 12,9% gestiegen.

Innerhalb von nur 24 Stunden hatte die jordanische Regierung die Weisung des Königs umgesetzt. Bereits am 11. Januar 2011 verkündete der stellvertretende Premierminister und Regierungssprecher, **Ayman Safadi**, dass mit Wirkung vom 12. Januar 2011 die 2010 erst erhöhte bzw. neu eingeführte Mineralölsteuer für Normal-Benzin sowie Diesel und Öl von 18% auf 12% gesenkt wird (dies gilt explizit nicht für Super-Benzin), was zur Folge hat, dass sich der Preis für ein Liter Normal-Benzin um rund 0,04 Euro von bisher 0,72 Euro auf künftig 0,68 Euro sowie von Diesel bzw. Öl um 0,03 Euro von bisher 0,60 Euro auf künftig 0,57 Euro reduziert. Des Weiteren hat die Regierung beschlossen, Nahrungsmittel wie Reis, Zucker und Geflügel derart zu subventionieren, dass die Preise für z.B. ein Kilo Zucker von bisher 0,64 Euro auf 0,58 Euro sowie ein Kilo Hühnchenfleisch von bisher 2,05 Euro auf 1,75 Euro sinken. Darüber hinaus ließ die Regierung mitteilen, dass sie - wenn notwendig - in den kommenden Wochen weitere Maßnahmen zur Senkung der Preise von Grundnahrungsmitteln ergreifen wird. Mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, hat die Regierung im gleichen Atemzug beschlossen, dass die Ministerien für Soziales, Gesundheit und Erziehung unter bestimmten Voraussetzungen wieder neue Mitarbeiter einstellen dürfen (dies gilt z.B. für Arbeitsuchende mit einem mindestens zwei Jahre alten Abschluss, wenn sie aus so genannten benachteiligten Regionen kommen). Das Finanzvolumen der jetzt verabschiedeten Maßnahmen wurde von Finanzminister **Mohammad Abu Hammour** mit 160 Millionen JOD bzw. rund 175 Millionen Euro pro Jahr beziffert. Um das ohnehin nicht geringe Haushaltsdefizit nicht noch weiter zu vergrößern, soll die vorgenannte Summe an anderer Stelle im Haushalt wieder eingespart werden. Wo dies der Fall sein soll wurde nicht mitgeteilt. Minister Safadi bezeichnete die jetzt verabschiedeten Maßnahmen als einen weiteren Schritt der Regierung, die Mittelschicht in Jordanien zu fördern und zu vergrößern (nicht zu stabilisieren, sondern zu fördern!). Der Berichterstatter würde die vorgenannten Maßnahmen hingegen eher als 'Nothilfe' oder 'Sofort-Maßnahme' für die unteren Bevölkerungsschichten denn als Programm zur Förderung der Mittelschicht in Jordanien bezeichnen (zumal nicht nachvollziehbar definiert ist, was die so genannte Mittelschicht in Jordanien kennzeichnet). Ob die jetzt beschlossenen Maßnahmen ausreichen, um die wirtschaftliche Lage der unteren Bevölkerungsschichten nachhaltig zu verbessern, wird ganz wesentlich davon abhängen, wie sich zum einen die Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten in den kommenden Wochen weiter entwickeln werden und ob und wie schnell es der Regierung gelingen wird, ein wirtschaftliches Umfeld derart zu schaffen, dass wieder mehr Menschen in Brot und Arbeit gebracht werden können und zumindest für die unteren Bevölkerungsschichten auch moderate Lohnsteigerungen möglich sind. Bereits seit längerem wird in diesem Zusammenhang diskutiert, den Mindestlohn, der seit Ende 2007 im Öffentlichen Dienst bei 160,- Jordanischen Dinar (aktuell rund 175,- Euro) und in der Privatwirtschaft (ohne die Sonderwirtschaftszonen) bei 150,- Jordanischen Dinar (aktuell rund 165,- Euro) liegt, zu erhöhen.

## 2.2 Libanon:

Aus dem Libanon gibt es gegenüber dem III. Quartal **zunächst** wenig Neues zu berichten.

Vorherrschendes Thema waren nach wie vor die Ermittlungen des Sondertribunals für den Libanon in Den Haag, das die Ermordung des früheren libanesischen Premierministers **Rafik al-Hariri** vom 14. Februar 2005 untersucht. Auch wenn sich das Tribunal zu den bisherigen Ergebnissen seiner Ermittlungen nach wie vor nicht öffentlich geäußert hat bzw. gerade deswegen, sind im Berichtszeitraum die diesbezüglichen Spekulationen im Libanon ins

Kraut geschossen. Die Spekulationen bzw. Mutmaßungen (angeblich hat der Sohn des Ermordeten, **Saad al-Hariri**, sich gegenüber dem Führer der Hisbollah, **Hassan Nasrallah**, derart geäußert, als dass ihm Informationen dahingehend vorliegen, als dass das Tribunal in Kürze vor dem Gerichtshof in Den Haag Anklage gegen Mitglieder der Hisbollah erheben wird) haben schließlich zu einer politischen Krise derart geführt, als dass seit Anfang November 2010 die Regierung zu keiner Sitzung mehr zusammengekommen war. Trotz vielfacher Bemühungen Saudi Arabiens, Syriens und auch der Türkei, verhärteten sich die Fronten zunehmend, wozu auch beigetragen haben mag, dass sich die USA in Person von Außenministerin **Hillary Clinton** und auch Frankreich in Person von Präsident **Nicolas Sarkozy**, beide Länder seit jeher Protegés des ermordeten Rafik Hariri, sich demonstrativ hinter die Arbeit des Tribunals in Den Haag gestellt haben, und die Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen, **Susan Rice**, am 03. November 2010 publikumswirksam verkündet hat, dass die USA die Arbeit des Tribunals mit weiteren 10 Millionen US-Dollar unterstützen wird (was deren Gesamtbeitrag auf 30 Millionen US-Dollar erhöht - 51% der Kosten des Tribunals werden von der internationalen Staatengemeinschaft bzw. einzelnen Staaten wie den USA, Frankreich und auch Deutschland, 49% vom Libanon selbst getragen).

Die Lage im Libanon hatte sich so in den zurückliegenden Monaten zu einer immer schwierigeren und immer weniger zu durchschauenden Gemengelage weiter entwickelt, so dass abzusehen war, dass wenn es nicht noch in letzter Minute gelingen würde, einen für beide Seiten befriedigenden Kompromiss zu finden, alles auf einen 'Show-down' hinauslaufen würde, der am Ende nicht nur zu einer neuerlichen politischen Paralyse, sondern auch wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen könnte.

Der Führer der Hisbollah, Hassan Nasrallah, war bis zum Schluss nicht bereit, auch nur für ein Mitglied der Hisbollah eine mögliche Anklage zu akzeptieren, und der Sohn des Ermordeten, Saad al-Hariri, der seit 2009 Premierminister des Libanon ist, befand sich während der gesamten Zeit der gemeinsamen Regierung in der unkomfortablen Lage abwägen zu müssen, ob ihm mehr an der Aufklärung des Mordes an seinem Vater oder aber an der Stabilität des Libanon gelegen war. Letzterer hat bis zum Schluss immer wieder und schon fast trotzig erklärt, dass er nicht bereit ist, auf die Arbeit des Tribunals Einfluss zu nehmen. Er hat sich auch standhaft den Forderungen der Hisbollah widersetzt, die Finanzierung des Tribunals mit libanesischem Geld einzustellen. Ohne entsprechende Aussagen verifizieren zu können, wurde ferner gemunkelt, dass der junge Hariri unter einen derartigen inneren Anspannung und Belastung stehe, dass sein Rücktritt nicht mehr ausgeschlossen werden könne. Andere Stimmen wiederum mutmaßten, dass die Hisbollah aus der gemeinsamen Regierung mit Hariri 'aussteigen' und den Libanon wieder einmal in eine politische Krise stürzen könnte. Was am Ende auch immer eintreten sollte, an eine geordnete Politik, die dringend vonnöten gewesen wäre und auch weiter vonnöten ist, war im Libanon spätestens seit Mitte des Jahres 2010 nicht mehr zu denken. Die Menschen, die spätestens seit dem Bürgerkrieg von 1975 - 1990 gelernt haben, sich mit der besonderen Situation im Libanon zu arrangieren, schienen zunächst und überwiegend keinen allzu besorgten Eindruck zu machen. Zwar bestand und besteht auch weiterhin die Furcht vor dem Wiederaufflammen gewalttätiger Konflikte, da viele aber tagtäglich damit beschäftigt sind, ihr eigenes wirtschaftliches Überleben zu sichern, bleibt diesen auch nicht allzu viel Zeit, sich mit Dingen auseinander zu setzen, die sie am Ende ohnehin nicht beeinflussen können.

Der Quartalsbericht IV / 2010 war schon fertig gestellt, als am Mittwoch, den 12. Januar 2011, die Mitteilung kam, dass die Hisbollah und die mit ihr verbündeten Parteien (u.a. das 'Free Patriotic Movement - FPM' mit ihrem Vorsitzenden **Michel Aoun**, eine überwiegend christlich-maronitische Partei) ihre Minister aus der Regierung der nationalen Einheit zurückgezogen haben. Das so genannte Bündnis der nationalen Einheit, welches in den knapp 14 Monaten seines Bestehens alles andere als Einheit und Einigkeit demonstriert

hat, hatte u.a. die Partei von Saad Hariri, das 'Future Movement', mit der Hisbollah in eine gemeinsame Regierung geführt. Während die Hisbollah in den zurückliegenden Monaten wenn, dann nur zu einem sehr geringen Grad bereit gewesen war, politische Kompromisse einzugehen (so ist man trotz vielfacher Vermittlungsversuche in der Frage der Entwaffnung der Hisbollah, die sich als zweite reguläre Armee bzw. Miliz des Libanon - neben den offiziellen Streitkräften - sieht, keinen Millimeter weitergekommen), beinhaltete die Klärung der Frage, wer den früheren libanesischen Premierminister Rafik Hariri am 14. Februar 2005 ermordet hat, von Anfang an ein großes Konfliktpotential. Stand zu Beginn der Untersuchungen noch Syrien, was ein treuer Verbündeter der Hisbollah ist, im Vordergrund der Ermittlungen (was bereits für die Spannungen in der Regierung völlig ausgereicht hat), so hat sich das Blatt ab circa Mitte des Jahres 2010 derart geändert, als dass sich die Untersuchungen von da ab immer stärker auf die Hisbollah zu konzentrieren schienen. Damit war ein Konflikt innerhalb der Regierung nun überhaupt nicht mehr zu vermeiden, und es war eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, wann und wer die gemeinsame Regierung verlässt. Die Fragen, die man sich seit dieser Zeit zunehmend stellte, waren, ob und in welchem Umfang dies zum Wiederaufflammen gewalttätiger Auseinandersetzungen führen und was das Scheitern der Regierung für die weitere Entwicklung des Libanon bedeuten würde.

Auf einer Pressekonferenz am 12. Januar 2011 erklärten die Minister für Wasser und Energie, Gebran Bassil, für Gesundheit, **Mohammed Khalifeh**, und Landwirtschaft, **Hussein Haj Hassan**, dass insgesamt zehn Minister der Hisbollah und des 'Free Patriotic Movement' die Regierung der nationalen Einheit verlassen werden. Sie reichten in der Folge ihren Rücktritt ein. Ihrem Rücktritt folgte wenig später ein weiterer nicht näher bezeichneter Minister, der im Rahmen der Regierungsbildung im Jahre 2009 von Staatspräsident **Michel Su-leiman** als einer von dreien benannt worden war. Mit dem Rücktritt des letztgenannten 'unabhängigen' Ministers war der Sturz der Regierung Hariri perfekt. In der vorgenannten Pressekonferenz teilten die Beteiligten mit, dass das Nicht-Einlenken Hariris in der Frage des weiteren Umgangs mit dem UN-Tribunal für den Libanon sowie dessen Untersuchungen im Mordfall 'Rafik Hariri' sie zu diesem Schritt bewogen hat. Ein von ihnen zuvor gesetztes Ultimatum, eine Kabinettsitzung zu dem vorgenannten Thema bis spätestens 12. Januar 2011 einzuberufen, hat Hariri verstreichen lassen. Er hielt sich stattdessen in den USA auf, wo er am Mittwoch, den 12. Januar 2011, mit Präsident Barack Obama zu Gesprächen zusammengetroffen war (früher in der Woche hatte er dort bereits Gespräche mit dem saudischen König, der sich seit November 2010 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhält, sowie der US-amerikanischen Außenministerin geführt, bei denen es dem Vernehmen nach auch im Wesentlichen um die vorgenannten Fragen gegangen sein soll).

Wenn man die Berichte der letzten Wochen und Monate sowie die Pressemitteilungen zum Scheitern der Regierungskoalition im Libanon liest, so drängt sich einem der Eindruck auf, dass die Hisbollah, nachdem sie mit ihrem Versuch der Erpressung des Premierministers nicht durchgekommen war, den Regierungschef für sein Nicht-Distanzieren vom UN-Tribunal bestrafen wollte. Bis auf die Tatsache, dass das Land den wohl größten Schaden hat, wenn es über keine funktionsfähige Regierung mehr verfügt, ist jedoch noch nicht ausgemacht, wem das Scheitern der Regierung am Ende am meisten schadet oder gar nutzt.

Die größte Sorge, die nur wenige Stunden nach dem Scheitern der Regierung Hariri viele umtreibt, ist, dass die schiitische Hisbollah jetzt die Konfrontation mit den pro-westlichen Kräften des 14. März, für die stellvertretend der gescheiterte Premierminister Saad Hariri sowie seine Partei, das 'Future Movement', steht, nicht nur auf der politischen Bühne, sondern auch wieder auf der Straße suchen könnte. Vieles wird diesbezüglich sicher davon abhängen, ob das Tribunal im Verlauf der kommenden Wochen tatsächlich Anklage gegen Mitglieder der Hisbollah erheben wird. Als wäre dies nicht schon genug, wurde zeitgleich mit der Mitteilung des Scheiterns der Regierung Hariri gemeldet, dass israelische Soldaten

im Süden des Landes einen Libanesen nach Israel verschleppt haben sollen. Aus israelischer Sicht hat sich die aufgegriffene Person eindeutig auf israelischem Gebiet befunden. Was in wirtschaftlicher Hinsicht zu Jordanien geschrieben worden ist, gilt noch viel mehr für den Libanon. Wenn man die Preise im Libanon betrachtet (die Hotelpreise haben sich gegenüber 2008 teilweise mehr als verdoppelt; die Preise für Mieten oder aber auch Wohneigentum haben in Beirut Höhen erreicht, die teilweise denen in München, Düsseldorf und Hamburg - jeweils in bester Lage - in nichts nachstehen und selbst die 'normalen' Lebenshaltungskosten haben mittlerweile ein Niveau erreicht, bei dem man sich unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Einkommensniveaus nur noch schwer vorstellen kann, wie durchschnittlich verdienende Menschen im Libanon ihr tägliches Leben noch finanzieren), so vermag man teilweise keinen Unterschied mehr zu anderen Hauptstädten in den Golfstaaten, in Europa oder in den USA erkennen können. Die Schere zwischen Arm und Reich scheint hier noch weiter auseinander zu gehen als man es in Jordanien oder teilweise auch in Syrien beobachten kann, was vielleicht aber auch nur daran liegt, dass man im Libanon bzw. in Beirut den Reichtum mehr als anderswo zeigt und der Libanon bzw. vor allem Beirut weit weniger als die Hauptstädte seiner arabischen Nachbarländer vom Islam, der diesbezüglich mäßigend wirkt, geprägt ist (nicht zuletzt aufgrund des relativ hohen Bevölkerungsanteils von Christen im Libanon). Was die Diskrepanz zwischen Arm und Reich darüber hinaus so überdeutlich macht, ist, dass beides in Beirut noch enger zusammen zu liegen und deutlicher zu Tage zu treten scheint, als man das z.B. in Amman oder in Damaskus zu beobachten vermag (wobei man diesbezüglich in Damaskus noch am wenigsten zu sehen bekommt). Stadteile, die im wahrsten Sinne des Wortes luxussaniert sind, Geschäfte, die Luxusgüter wie in Dubai, New York oder Paris und London anbieten und das zu Preisen, die der libanesische Durchschnittsverdiener sich nicht mit mehreren Jahresgehältern leisten kann und nur wenige Kilometer weiter Stadteile, in denen an den Häusern noch deutlich die Spuren des Bürgerkriegs zu sehen sind, die teilweise nur unzureichend oder überhaupt nicht an das Strom- und Wassernetz angeschlossen sind und bei deren Bewohnern die Armut und die Perspektivlosigkeit von den Augen abgelesen werden kann. In letztgenannten Wohngebieten lebt zum überwiegenden Teil die Klientel der Hisbollah.

Wie eine Gesellschaft langfristig mit solch gravierenden Unterschieden glaubt bestehen zu können, ist dem Berichtersteller ein Rätsel. Ob ein immer Mehr an Sicherheitseinrichtungen, an höheren Zäunen und Mauern und auch an Sicherheitskräften die Lösung ist, darf bezweifelt werden. Hier wie auch in anderen Ländern dürfte der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Vermeidung zunehmender Gewalt ganz wesentlich davon abhängen, ob und wie es gelingt, die oben genannte Schere zwischen Armut und Reichtum nicht noch weiter auseinander gehen zu lassen. Spätestens dann, wenn für die unteren Bevölkerungsgruppen keine Perspektiven mehr auf ein menschenwürdiges Leben bestehen, wenn sie angesichts fehlender sozialer Sicherheitssysteme sich ihren Lebensunterhalt nicht mehr selbst verdienen können und wenn die Ungleichbehandlung gegenüber denen, die sich ihr Recht erkaufen oder auf anderem Wege unrechtmäßig aneignen, dürfte der Punkt erreicht sein, an dem das berühmte Fass überläuft, und spätestens dann dürften diese Menschen versuchen, ihr vermeintliches Recht in die eigenen Hände zu nehmen, was gleichbedeutend damit sein dürfte, dass diese versuchen werden, sich das, ggf. mit Gewalt, zu nehmen, was ihnen rechtmäßig zu erwerben man ihnen verwehrt hat. Man kann nur hoffen, dass die Politiker in diesen Ländern so viel Weitblick beweisen, dass sie es dazu nicht kommen lassen und mit einer entsprechenden verantwortungsvollen Politik frühzeitig gegensteuern. In Ländern wie dem Libanon, wo an eine geordnete Politik seit vielen Jahren nicht zu denken ist, ist dies sicher mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. In diesem Zusammenhang wäre es aus Sicht des Berichterstatters einmal interessant, Informationen dahingehend zu erhalten, ob und in welchem Umfang bei den zwar relativ kleinen, dafür aber um so wohlhabenderen Bevölkerungsschichten in den Länder der Region soziales Verantwortungsbewusstsein ausgeprägt ist, und ob, in welcher Form und in welchem Umfang die entsprechenden

Bevölkerungsgruppen einem solchen Verantwortungsbewusstsein versuchen, Rechnung zu tragen.

### **2.3 Syrien:**

Aufgrund der umfangreichen Berichterstattung zu Jordanien sowie zum Libanon und weil es für den Berichtszeitraum nichts wirklich Bewegendes oder gar Neues aus Syrien zu berichten gibt (alle Informationen zu Syrien können lediglich der jordanischen Presse sowie, in sehr eingeschränktem Maße, den Gesprächen mit Partnern in Syrien und im Libanon entnommen werden), wird die Berichterstattung zu Syrien diesmal weit weniger umfangreich ausfallen als in früheren Berichten.

Zwei bzw. drei Dinge sind aus Sicht des Berichterstatters dennoch erwähnenswert.

Zum einen sei mitgeteilt, dass US-Präsident Barack Obama die Weihnachtsfeiertage genutzt hat, um den seit vielen Monaten von ihm vorgeschlagen Karrierediplomaten Robert Ford zum neuen US-amerikanischen Botschafter in Syrien zu ernennen. Nachdem der Kongress und hier insbesondere die Republikaner über mehrere Monate hinweg in verschiedenen Anhörungen die Ernennung Fords verzögert haben, hat Obama über die Weihnachtsfeiertage von seinem Recht Gebrauch gemacht, und mit Verweis auf die Dringlich- und Eilbedürftigkeit Ford am Kongress vorbei zum neuen US-amerikanischen Botschafter in Damaskus ernannt. Es ist daher damit zu rechnen, dass Ford in Bälde den seit Februar 2005 verwaisten Botschafterposten in Damaskus antreten wird (Syrien hat seinerseits bereits erkennen lassen, dass es den neuen Botschafter zu akzeptieren bereit ist). Angesichts der vielfältigen Probleme in der Region, in die Syrien in unterschiedlicher Art und Weise involviert ist, und angesichts des erklärten Willens der USA (und auch anderer Staaten des Westens), Syrien wieder stärker in die internationale Staatengemeinschaft integrieren zu wollen (um damit bei der Lösung des einen oder anderen Problems in der Region einen Schritt weiter zu kommen und möglichst auch den Iran etwas mehr zu isolieren), werden auf den neuen Botschafter sicher viele und vor allem nicht nur angenehme Aufgaben zukommen.

Da in den Berichtsteilen zu Jordanien und zum Libanon die zunehmend schwierige Lage der unteren Bevölkerungsschichten thematisiert worden ist, sei zu Syrien angemerkt, dass das, was zu den vorgenannten Ländern berichtet worden ist, in noch weit größerem Maße auch für Syrien gilt (zumal das Durchschnittseinkommen dort noch einmal deutlich niedriger ist als in Jordanien oder im Libanon). Im Falle Syriens kommt hinzu, dass aufgrund einer seit Jahren anhaltenden Dürre im Nordosten des Landes (im weiteren Grenzgebiet zur Türkei und zum Irak) und aufgrund immer geringerer Wasserentnahmemöglichkeiten aus den dortigen großen und kleinen Flüssen (z.B. Euphrat und Tigris), es seit 2-3 Jahren zur massiven Abwanderung der dort lebenden Bevölkerung kommt. Dies ist in zweierlei Hinsicht als verhängnisvoll zu bezeichnen. Zum einen ist die vorgenannte Region in der Vergangenheit so etwas wie die Kornkammer Syriens gewesen, was nunmehr zur Folge hat, dass der Bedarf von vor allem Getreide von Jahr zu Jahr weniger aus eigenem Anbau gedeckt werden kann (was zwangsläufig die Abhängigkeit vom Ausland erhöht und weshalb Getreide zunehmend, so auch in 2010 bei knappem Angebot wegen der Brände in Russland und im Kaukasus, zu sehr hohen Preisen importiert werden muss) und zum anderen sich eine wachsende Zahl von Menschen (die Rede ist von mehr als einer Million) auf den Weg Richtung Westen macht, um in den dort gelegenen Städten sowie an der Küste ihr Auskommen zu suchen (oder aber vor Ort bleibt und zunehmend Hunger und Armut ausgesetzt ist). Dass deren Hoffnung sehr häufig enttäuscht wird und sie in noch größerer Armut enden (da dort weder die Flächen vorhanden sind, um im großen Stil Landwirtschaft zu treiben, und auch andere Arbeitsplätze nicht in ausreichender Form zur Verfügung stehen), ist nur un schwer zu erahnen. An diesem Beispiel lässt sich einmal mehr sehr gut studieren, wie ver-

hängnisvoll und vielfältig sich menschliches Fehlverhalten auswirken kann und wie weit reichend die daraus resultierenden Folgen sein können.

Die Untersuchung des Standortes der früheren Atomanlage in Al Kibar (bisweilen auch als Deir Alzour bezeichnet) durch Experten der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien, die 2007 von der israelischen Luftwaffe zerstört worden war, war im Berichtszeitraum wieder einmal ein Thema. US-amerikanische Geheimdienste hatten 2007 berichtet, dass es sich bei der Anlage in Al Kibar um einen Reaktor nordkoreanischer Bauart gehandelt hat, der einzig dafür entwickelt worden war, waffenfähiges Uran herzustellen. Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien, der Japaner **Yukiya Amano**, hat in seinem Bericht im November 2010 darauf hingewiesen, dass Syrien den Experten der IAEO nach wie vor die Untersuchung des Geländes nicht gestattet. Mit Schreiben vom 18. November 2010 hat sich Amano direkt an den syrischen Außenminister **Wallid al-Mouallem** mit der Bitte gewandt, entsprechende Untersuchungen zuzulassen. Syrien lehnte in der Vergangenheit entsprechende Anfragen mit schöner Regelmäßigkeit ab. Als Argument wurde in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebracht, dass es sich erstens in Al Kibar um keine Anlage zur Herstellung von waffenfähigem Uran gehandelt hat, dass Syrien zweitens entsprechende Untersuchungen bereits selbst durchgeführt hat und das drittens, selbst wenn sich entsprechende Spuren von Uran würden finden lassen, diese von den israelischen Bomben stammen würden, die damals die Anlage zerstört haben. Neben der Anlage in Al Kibar würde die IAEO gerne drei weitere Anlagen in Syrien in Augenschein nehmen, was bisher jedoch daran scheitert, dass Syrien in dieser Frage zu keiner Zusammenarbeit bereit ist. Auch wenn in diesen Tagen immer wieder und fast ausschließlich von den Atomanlagen im Iran die Rede ist, so darf nicht in Vergessenheit geraten, dass auch andere Staaten sich den Kontrollen der internationalen Staatengemeinschaft entziehen (dazu gehört leider auch Israel mit seiner Atomanlage in Dimona in der Negev-Wüste), die wie Syrien und Nordkorea (bei letzterem geht man mit großer Sicherheit davon aus, dass es über Atomwaffen verfügt), ebenso wie der Iran, als mehr oder weniger unberechenbare Staaten zu bezeichnen sind.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTOR: THOMAS GEBHARD, PROJEKTLEITER JORDANIEN, LIBANON, SYRIEN  
LAZARETTSTRASSE 33 - 80636 MÜNCHEN -  
TEL.: +49 (0)89 1258-0 - FAX: +49 (0)89 1258-359  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) - HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT AM: 13. JANUAR 2011